DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO

AUSGABE 18 · August 2019

Reportage
Warum Thüringen die Kontrolle über seine Schlösser abgibt
Seite 3

Mohring trifft
Wie Waldbesitzern jetzt geholfen werden muss
Seite 4/5

Polizei
Wieso Maiers KoBB-Konzept eine Mogelpackung ist
Seite 8

Mutig gestalten

Jüngst hielt der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Festrede zum Jahresempfang der Thüringer CDU-Landtagsfraktion. Dort gab der Franke aus Bayern eine Probe auf das ebenso stolze wie fröhliche Selbstbewusstsein unseres Nachbarfreistaats im Süden. Das ist oft erfrischend anders, oft auch nervig für die in den Berliner Ministerien. „Mia san mia“ eben. Mich beeindruckt das jedes Mal. Und es ist Anlass, daran gerade in diesem Spätsommer und Herbst der Wahlen im Osten Deutschlands zu erinnern. Nach Brandenburg und Sachsen steht die für uns wichtige Wahl am 27. Oktober in Thüringen an. Um die vielen Journalisten-Anfragen zum Thema „Was bedeutet das für Deutschland?“ abzuzählen, reichen die Finger einer Hand bei Weitem nicht. Noch dazu ist es die falsche Frage: Denn am Ende geht es um uns, um unseren Freistaat und unsere nicht geringe Gestaltungsmöglichkeit.

Der umgehende Blick auf das Große und Ganze lenkt von dem ab, was im Land ansteht, und da liegt im rot-rot-grünen Thüringen vieles im Argen. Und der Blick durch die Berliner Brille erweckt die Erwartung, alle müssten irgendwie gleich sein und innere Einheit sei ein Anpassungsprozess. Weit gefehlt. So ist unsere föderale Ordnung in Deutschland nicht gemeint. Deren Grundgedanke heißt Einheit in Vielfalt. Wer von Flensburg bis Passau und von Aachen bis Görlitz alles über einen Leisten schlagen will, der hat Deutschland nicht verstanden. Thüringen ist einzigartig. Wir sollten es selbstbewusst gestalten. Dafür braucht es stabile Verhältnisse, eine starke CDU-Fraktion und eine Regierung der bürgerlichen Mitte, die ihr Wort beim Bund macht.

Zu ihrem Jahresempfang 2019 konnte die CDU-Fraktion am 27. August rund 3000 Gäste in der Messe Erfurt begrüßen. Der Festredner des Abends, der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder, warb gemeinsam mit Gastgeber Mike Mohring für die Stärkung der demokratischen Mitte. **(Seite 7)**

CDU kritisiert Ramelow-Plan zum Rundfunkbeitrag

Das Indexmodell lehnen wir ab.
Die Kosten für die Beitragszahler wären nur schwer kalkulierbar.

Gerold Wucherpfennig, medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Schon 2021 könnte der Rundfunkbeitrag steigen – und dann voraussichtlich alle zwei Jahre noch etwas mehr. Medienberichten zufolge haben sich die Ministerpräsidenten der Länder bereits im Juni grundsätzlich für eine neue Form zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgesprochen. Demnach würde der Beitrag ab 2021 nach einem automatischen Berechnungsverfahren steigen - angelehnt etwa an die Inflationsrate. Bereits im Oktober könnte dieses Modell beschlossen werden. An den Verhandlungen war die rot-rot-grüne Landesregierung beteiligt und hat die automatisierten Erhöhungen vorangetrieben. „Dieses so genannte Indexmodell lehnen wir ab“, sagt der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gerold Wucherpfennig. Eine automatische Anhebung des Rundfunkbeitrages von derzeit 17,50 Euro im Monat für jeden deutschen Haushalt wäre nicht nur mit langfristig schwer kalkulierbaren Kosten für die Beitragszahler verbunden. „Vielmehr ginge dieser Schritt auch zu Lasten der parlamentarischen Mitwirkung“, so Wucherpfennig. Denn bislang schlägt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) den Ministerpräsidenten eine Beitragshöhe vor. Anschließend wird dieser Vorschlag auf der Ebene der Länder transparent und öffentlich diskutiert. Es ist ein Verfahren, dass sicherstellt, dass Beitragserhöhungen gut begründet werden müssen. Doch schon im Oktober könnten die Ministerpräsidenten die neue, vereinfachte Form der Finanzierung, das so genannte Index-Modell, beschließen, die in einem zweiten Schritt von den Landtagen bestätigt werden müsste. Sollte dieses eintreten, werden die Landesparlamente künftig keinen Einfluss mehr auf die Höhe der Rundfunkbeiträge haben. Dieses widerspricht eindeutig der Position der Thüringer CDU, die eine entsprechende parlamentarische Initiative ergreift. Darin fordert sie „die Landesregierung auf, sich für eine Ablehnung einer Indexierung des Rundfunkbeitrags einzusetzen“. Zudem sollen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wirksame Vorschläge unterbreiten, wie Einsparungen erzielt werden können. „Ansätze hierfür gibt es unserer Ansicht nach genug“, so Wucherpfennig. Er sieht Potenzial in schlankeren Strukturen, mehr Kooperationen unter den Sendeanstalten etwa bei der Berichterstattung zu Großereignissen oder innerhalb der Auslandsstudios.

Aus der Fraktion

Auskunftsrecht für Zwangsadoptierte

Die CDU-Fraktion setzt sich im Thüringer Landtag für die Betroffenen von DDR-Zwangsadoptionen ein. Sie fordert die Thüringer Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative Sachsens für ein Akteneinsichtsrecht für zwangsadoptierte Kinder und deren leibliche Eltern zu unterstützen. „Die Geschichte der Kinder, die ohne Einwilligung ihrer leiblichen Eltern adoptiert oder sogar für tot erklärt wurden, bleibt ein nicht aufgearbeitetes Kapitel des DDR-Unrechts. Kinder und Eltern sollen erfahren dürfen, wer ihre leiblichen Eltern beziehungsweise wo ihre Kinder sind“, erklärte Herbert Wirkner, Fraktionssprecher für die Opfer des SED-Regimes.

Hilfe für Polizisten

Angesichts der steigenden Zahl von Angriffen auf Polizisten fordert die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eine interne Ansprechstelle für betroffene Beamte. „Die Landesregierung sollte so etwas einrichten, um Polizisten, die Gewalt erfahren haben, zu helfen. Solche Ansprechstellen ermöglichen eine bessere psychologische Betreuung und Beratung der Opfer“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Fiedler. Die Union greift damit eine Berliner Initiative auf, wo die dortige Polizeipräsidentin gerade solch eine Ansprechstelle aufbaut. „Wer für die Gesellschaft den Kopf hinhält, muss Hilfe erwarten dürfen“, sagte Fiedler.

©Robert Kneschke - stock.adobe.com

Wirtschaft leidet unter R2G

Kaum Unternehmensgründer, ein geringes Wirtschaftswachstum, Exportrückgang und zusätzlicher Ballast für die Unternehmen in Thüringen durch bürokratische Hürden“, so umreißt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Mario Voigt, die Bilanz der Landesregierung. „Wir wollen, dass die Thüringer Wirtschaft ihr Potenzial voll entfalten kann. Deshalb muss die Politik mit klugen Rahmenbedingungen dafür sorgen, als Partner, als Zahnrad im Getriebe und nicht als Gegner wahrgenommen zu werden.“ Deshalb hat die Landtagsfraktion gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft ein Programm auf die Beine gestellt, das zahlreiche Ansätze für die Herausforderungen der Digitalisierung und der Fachkräftegewinnung parat hat. „Wir brauchen etwa einen Bürokratie-Check für Gesetze, die Auswirkungen auf Unternehmen in Thüringen haben“, erklärt Voigt. Ebenfalls Teil des umfassenden Bürokratieabbauprogramms der CDU-Fraktion für einen schlanken Staat ist die weiterhin bestehende Forderung nach einem unbürokratischen Vergabegesetz.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung des Unternehmergeistes in Thüringen – und das schon in der Schule. „Schon früh im Bildungsprozess muss das Unternehmertum und das Bild des ehrbaren Kaufmanns als eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung den jungen Menschen in Thüringen nähergebracht werden“, sagt Voigt. Ebenso sind gute Standortfaktoren im Hinblick auf die Fachkräftebindung von besonderer Bedeutung. „Wir sehen uns in der Pflicht, gute Bildungsangebote, medizinische Versorgung und kulturelle Einrichtungen flächendeckend vorzuhalten, um es Unternehmen zu ermöglichen, Fachkräfte in den Regionen zu binden. Deshalb darf sich der Staat nicht aus der Fläche zurückziehen.“ Das ist auch der Grund, warum Thüringen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur schneller vorankommen muss. Denn für den ländlichen Raum ist die Versorgung mit schnellem Internet und dem Mobilfunkstandard der fünften Generation (5G) von besonderer Bedeutung. „Wir wollen gemeinsam mit den Mobilfunkversorgern einen Masterplan 5G auf den Weg bringen. Während Rot-Rot-Grün über Zuständigkeiten beim Mobilfunk debattiert und damit zum Sand im Getriebe wird, wollen wir anpacken und umsetzen.“

©picture alliance / Martin Schutt

Gegen den Verfall

„Schauen Sie sich den Fußboden an. So was können Sie heute nicht mehr bezahlen.“ Volker Weber, Vorsitzender des Förderkreises Schloss Wilhelmsthal e.V., blickt auf das Muster von ineinander verschlungenen Holzbändern im „Wohn- und Audienzzimmer“ des Corps de Logis von Schloss Wilhelmsthal bei Eisenach. Der Boden überdauerte die Zeiten unter einem Linoleumbelag. Farbe blättert von der Wand. Feine Risse durchziehen den Stuck. Anno 1699 hatte sich Herzog Johann Wilhelm von Sachsen-Eisenach dieses erste Gebäude ins Tal der Elte bauen lassen. Hier in der Waldlandschaft südlich von Eisenach gaben sich Herzog und Gefolge der Jagd und Muse hin. „In diesem Raum hat Telemann selbst gespielt“, sagt Weber. Schloss Wilhelmsthal sei der einzige erhalten gebliebene weltliche Ort überhaupt, an dem Werke des barocken „Superstars“ uraufgeführt worden sind. Heute bedarf es einiger Phantasie, sich die einstige Pracht des immer wieder erweiterten Ensembles zu erschließen, wie etwa im Telemannsaal des Schlosses, welcher der älteste erhaltene freistehende Konzertsaal Europas ist – ein Alleinstellungsmerkmal. „Unser Anliegen als Förderverein ist es seit 1997, die Anlage zu revitalisieren“, sagt Volker Weber, der über sein Interesse für Literatur und Geschichte als junger Mann auf das Schloss stieß. „In den 90er Jahren war es quasi sich selbst und damit dem Verfall überlassen.“ Stolz ist der Förderverein noch heute, dass die etwa drei Dutzend Ehrenamtler einen Verkauf der Anlage aus Landesbesitz an allerlei obskure Gestalten verhindern konnten. „Es gab Scharlatane, Glücksritter und selbst eine Sekte wollte die Anlage erwerben.“ Das Schicksal etwa von Reinhardsbrunn, das in falsche oder überforderte Investorenhände gelangte, blieb Wilhelmsthal erspart. „25 Millionen Euro werden wohl nicht reichen“, sagt Weber, als er den Wandelgang zwischen Konzertsaal und Pavillon betritt. Mächtige Säulen tragen eine Galerie im ersten Stock. Auf den Säulen nisten Schwalben. Er verstehe nicht, wie man das Schloss nach der Wende so verfallen lassen konnte. „Goethe war oft hier. Vielleicht ist Wilhelmsthal der Schauplatz seiner Wahlverwandtschaften, so ein Gerücht. Die Monarchen der Niederlande, von Preußen oder England waren ebenfalls hier. Zeitweise wurde Sachsen-Weimar-Eisenach im Sommer über Monate hinweg von hier aus regiert.“ Erst vor zehn Jahren gelangte Wilhelmsthal unter das Dach der Schlösserstiftung. Die hatte sich lange gewehrt. „Was solle man denn mit noch einem Schloss?“ – so die Argumentation damals. Das Geld reiche schon für den vorhandenen Bestand kaum aus. Die Stiftung bekommt pro Jahr etwa sechs Millionen Euro für inzwischen 31 Objekte überwiesen. Die fast schon fürstlich zu nennende Extra-Zahlung von 200 Millionen Euro, die Bund und Land nun zu geben bereit sind, elektrisiert die Thüringer Schloss-Schützer-Szene. Einerseits! Andererseits fragt sich auch die Direktorin der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, warum dieses Geld ausgerechnet einer neuen Stiftung zugedacht ist, in die auch Sachsen-Anhalt ihre sanierungsbedürftigen Adelssitze einbringen soll. Doris Fischer argumentiert: „Wir könnten sofort anfangen. Einige Projekte sind ausführungsreif vorbereitet, andere könnten direkt in die Ausführungsplanung gehen.“ Sie befürchtet zudem einen Identitätsverlust für Thüringen insgesamt, sollten die bedeutendsten Schlösser in eine gemeinsame Stiftung mit Sachsen-Anhalt abgeschoben werden. „Man verkennt unsere Residenzkultur, wenn man davon ausgeht, dass man Leuchttürme herauslösen könnte“, sagte sie Journalisten: „Nur in ihrer Gesamtheit ist diese Residenzkultur etwas Besonderes. Diese Dichte an Haupt- und Nebenresidenzen, Jagdschlössern, Parks und Gärten, Museen und Sammlungen sucht deutschland-, ja europaweit ihresgleichen. Herausgelöste Teile hätten das allein nicht; und dann wäre es schwierig oder sogar unmöglich, die Thüringer Residenzen in ihrer Gänze adäquat zu entwickeln und Besuchern zu präsentieren.“

Dem stimmt Volker Weber zu. „Sehen Sie“, sagt er und zeigt in Richtung Süden. „Irgendwo da liegt Schloss Altenstein. Wilhelmsthal und Altenstein gehörten zu zwei konkurrierenden Herrscherhäusern. Warum Wilhelmsthal ebenso wie Altenstein in den Plänen der neuen Stiftung nicht erste Wahl sein sollen, versteht Weber nicht. Insgeheim schwingt da natürlich auch der Wunsch mit, ein Teil des in Aussicht gestellten Geldes würde für Wilhelmsthal abfallen. Sein Schloss steht jedenfalls nicht auf jener nun von der Staatkanzlei veröffentlichten Liste der Objekte, die vom Geldsegen profitieren sollen. „Egal wie das hier ausgeht …“ – Volker Weber hat den Park in weitem Bogen durchquert und steht nun inmitten der Gebäude, in denen die Dienerschaft seinerzeit lebte und arbeitete – „… für Wilhelmsthal braucht es einen Plan B“. Sein Blick geht zum Marstall, der bereits teilweise neu aufgebaut ist. „Hier ist viel Geld verbaut worden“, so Weber, „ebenso wie etwa im beeindruckenden Park, der nach den Plänen des großen Gartenbauers Pückler angelegt und in den letzten Jahren aufwendig rekonstruiert wurde. Das darf nicht umsonst gewesen sein! Wer A sagt, muss auch B sagen.“

Von Matthias Thüsing

Wald in Thüringen

Der Wald erfüllt so viele wichtige Funktionen.

Er ist CO^2-Speicher, Erholungsort und natürliches Wasserwerk. All das geht verloren, wenn wir ihm nicht helfen.

Marcus Malsch,
forstpolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

„Wir befinden uns inmitten einer Tragödie“

Ein Gespräch über die Lage des Waldes in Thüringen, fehlende Setzlinge, nicht genehmigte N
das überschüssige Holz und rot-rot-grüne Versäumnisse in der Forstpolitik
Ein Video-Interview mit Jörg Göring finden Sie im Internet unter: www.drucksache.info

Das notwendige Geld für den Wald steht viel zu spät zur Verfügung.

Und es wird nicht annähernd ausreichen, um dem Ausmaß der Katastrophe gerecht zu werden.

Egon Primas,
stellvertretender Vorsitzender der
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Mohring trifft:

Jörg Göring, Präsident des Waldbesitzerverbands für Thüringen e.V.

Herr Göring, Herr Mohring, die Wälder im Freistaat leiden und mit ihnen die Waldbesitzer und Forstbetriebe. Wie ernst ist die Situation aktuell?

Göring: Wir befinden uns inmitten einer Tragödie. Europaweit sind Millionen Hektar Wald schwer geschädigt. Um zu retten, was noch zu retten ist, muss aktuell weit mehr Holz aus dem Forst geholt werden, als der Markt aufnehmen kann. Aber niemand nimmt ihnen im Augenblick noch Holz ab. Die Kosten bleiben dennoch – und seien es nur die jährlichen Beiträge für die Berufsgenossenschaft.

Mohring: Wir dürfen ja auch nicht vergessen: Es geht im Augenblick nicht nur um diejenigen Waldbesitzer, deren Bäume unmittelbar – etwa durch Borkenkäfer oder Trockenheit – geschädigt sind, sondern um alle Waldbesitzer. Denn momentan kann niemand mehr Holz verkaufen. Der Markt ist zusammengebrochen.

Göring: Und die Tragödie ist ja noch lange nicht vorbei. Sie wird – ich schätze mal – noch wenigstens für die nächsten fünf Jahre andauern. Wir wissen, dass die Waldbesitzer kein Geld haben, um die Unternehmen bezahlen zu können, die jetzt dringend tätig werden müssen. Es müssen die vom Borkenkäfer befallenen Fichten aus dem Wald geholt werden.

Auch müssten diejenigen Bäume dringend eingeschlagen werden, die wegen der Trockenheit erkennbar absterben werden. Manche Waldbesitzer werden aufgeben, weil sie sagen, wir schaffen das nicht. Wir schaffen es nicht von der Manpower. Wir schaffen es finanziell nicht.

Also müssen Fördergelder her? Die Landesregierung scheint ja nicht ganz abgeneigt ...

Göring: Fördermittel sind ungeeignet, um gegen eine Katastrophe anzukämpfen. Total ungeeignet. Fördermittel sind für eine normale Bewirtschaftung gut, aber nicht für eine Katastrophe. In einer Katastrophe muss ein eigener Fonds da sein oder schnell geschaffen werden, aus dem unkompliziert Geld in die betroffenen Flächen fließt.

Mohring: Wir haben ja schon im November 2018 im Landtag einen Antrag „Konsequenzen aus der aktuell dramatischen Lage im Forst zie-

hen“ eingebracht. Unsere Forderung war, unverzüglich eine Notfallhilfe und ein Investitionsprogramm zur kurzfristigen Flächenberäumung, Bodenvorbereitung, Beschaffung von Pflanz- und Saatgut, Pflanzung und Kulturpflege für alle Waldbesitzarten aufzulegen. Dazu sollte die finanzielle und personelle Ausstattung der Landesforstanstalt der Krise angemessen angepasst werden.

Und mit welchem Ergebnis?

Mohring: Wir sind von Rot-Rot-Grün monatelang ignoriert worden. Im Juni hat der Landtag dann unseren Forderungen für die Waldrettung zugestimmt. Nur passiert ist bislang zu wenig. Zwar produziert Rot-Rot-Grün fast täglich Vorschläge, mit wie vielen Millionen Euro der Forstwirtschaft wie geholfen werden könnte. Aber wenn Förderprogramme mit Ausschreibungen vorgeschlagen werden, läuft das auf neue bürokratische Hürden hinaus. Der Forst braucht das Geld schnell und vor Ort, etwa über einen Nothilfe-Fonds.

Alle reden jetzt vom Waldumbau …

Mohring: Gesagt ist das schnell. Aber es ist ein äußerst langwieriger Prozess. Das sehen die wenigsten. Alle sehen zwar die aktuellen Schäden. Aber genau die zwingen uns dazu, jetzt zu handeln. Wir müssen jetzt die Wälder für die kommenden Jahrzehnte planen. Allein das Aufforsten wird vermutlich Jahre dauern.

Göring: Waldumbau ist eine Generationenaufgabe. Was wir heute ernten, haben unsere Urgroßväter gepflanzt. Und für das, was wir heute tun, werden uns unsere Nachfahren in 100 Jahren einmal beurteilen.

Ist Nichtstun eine Option? Was würde es bedeuten, wenn nicht aufgeforstet wird?

Göring: Wenn wir die Flächen sich selbst überlassen, haben wir irgendeinen Wald, der aber wirtschaftlich nicht nutzbar ist. Doch gerade unter dem Blickwinkel der Klima-Debatte sind Wirtschaftswälder besonders wichtig, weil sie besonders viel CO^2 nachhaltig binden. Nur ein Wirtschaftswald schafft Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft und holzverarbeitenden Industrie. Und das noch dazu im ländlichen Raum.

Mohring: Ein Nutzungsverzicht in wertvollen Wirtschaftswäldern ist absolut keine Option. Die Einschränkung der nachhaltigen Forstwirtschaft vernichtet Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Thüringen. Deshalb planen wir keine weiteren Waldstilllegungen. Wir werden prüfen, ob wertvolle Wirtschaftswälder, wie beispielsweise am Possen, stillgelegt bleiben müssen oder wieder in Wert gesetzt werden können.

Wie kann denn der Forst- und Holzwirtschaft jetzt effektiv geholfen werden?

Göring: Es müsste jetzt ein Fonds aufgelegt werden, in dem Geld aus Steuer- und Haushaltsmitteln eingelegt wird. Und dieses Geld müsste auf die betroffenen Flächen projiziert werden.

Von wieviel Geld reden wir da?

Göring: Das ist gegenwärtig schwer abzuschätzen. Aber bundesweit reden wir von einem Milliardenbetrag. Wir haben ja nur die Einnahmen aus dem Holzverkauf. Die sind komplett weggebrochen. Und wenn wir in die Aufforstung gehen, liegen wir pro Hektar bei Kosten von 10000 bis 15000 Euro.

Haben wir überhaupt so viele Setzlinge, wie benötigt werden? Jetzt war die Rede von 200 Millionen Bäumen in den kommenden zehn Jahren allein in Thüringen.

Göring: Im Augenblick gibt es keine ausreichenden Pflanzmaterialien für Neuanpflanzungen. Wir haben nur eine Landesbaumschule, die arbeitet schon am Anschlag. Und die anderen Baumschulen, die es sonst noch gibt, waren ja auch nicht auf eine solche Katastrophe vorbereitet. Ich schätze, wir benötigen erst einmal drei bis fünf Jahre, bis wir überhaupt ausreichend Setzlinge nachgezogen haben.

Mohring: Deswegen brauchen wir in dem Fonds auch Geld für Setzlinge und Aussaat. Unser Waldantrag aus dem November forderte auch Geld für Neuanpflanzungen. Das betraf sowohl den Kauf der Setzlinge, wie auch deren Pflanzungen. Da ist viel kostbare Zeit verlorengegangen.

Göring: Wir reden ja über den Klimawandel und Klimafonds schon seit mehreren Jahren. Aber es weiß ja kaum einer, dass die großen Konzerne, die umweltschädlich produzieren, Geld an die Bundesregierung zahlen, für die Schäden, die sie verursachen. Und da ist es nun endlich an der Zeit, dass den Waldbesitzern – seien sie kommunal, privat oder im Landesforst unterwegs – etwas zurückgegeben wird. Denn der Wald mag einzelnen Eigentümern gehören, aber er dient bekanntlich uns allen. Er ist der wichtigste Klimaspeicher, den wir haben. Er ist Naherholungsgebiet und er ist Lebensraum für eine Vielzahl unterschiedlichster Tier- und Pflanzenarten.

Eine andere Forderung, die ja nach dem Sturm im vergangenen Jahr aufkam, betraf die Frage, Nass- und Trockenlager einzurichten, um gefällte Bäume feucht zu halten und damit gewissermaßen so lange zur konservieren, bis die Marktpreise für Bauholz wieder aus dem Keller geklettert sind. Auch das hatten CDU-Forstpolitiker im vergangenen November als eine Maßnahme gefordert, als sich die Trockenschäden in den Wäldern deutlich abzeichneten.

Göring: Nach dem Orkan Kyrill 2007 hatten wir ja noch Nasslager gehabt. Aber im vergangenen Jahr ist hier ein Antragsverfahren losgetreten worden. Das spottet jeder Beschreibung. Wir streiten uns mit Umweltämtern und anderen Verwaltungen rum. Es ist in Thüringen so gut wie nicht möglich, Nasslager einzurichten.

Warum genau?

Göring: Die Umweltämter fordern beispielsweise, dass das Wasser, was wir zur Berieselung der Stämme nehmen, nicht wieder ins Grundwasser zurück darf. Das soll aufgefangen werden, ich verstehe allerdings nicht, warum. Im Schwarzwald, wo 2010 solche Lager eingerichtet wurden, ging es doch auch. Die lagen meist neben Flusstälern. Das Wasser wurde aus dem Fluss entnommen und lief anschließend wieder dorthin zurück. Warum auch nicht. Es ist ja kein Gift. Sondern nur Bäume und Wasser.

Zusammengefasst. Ist die Forstpolitik der Landesregierung in sich geschlossen?

Mohring: Für mich ist klar: Wenn ich ein gesellschaftliches Interesse habe, den Wald zu erhalten und ihn für die nächsten Generationen fit zu machen, muss ich Geld in dieses System hineinpumpen. Aus der normalen marktwirtschaftlichen Situation heraus ist kein Forstbetrieb mehr in der Lage, das zu stemmen. Also hätte schon lange etwas passieren müssen. Ist es aber nicht. Und insofern sehe ich da im Augenblick weder Hand noch Fuß in der Landesforstpolitik.

Göring: Die Landesregierung ist unter anderem auch durch meine Person seit vorigem Jahr mehrfach und auch vor Ort im Wald darauf hingewiesen worden, dass wir in eine Katastrophe laufen. Dass wir Geld brauchen. Ich habe 2018 gesagt, wir brauchen 80 Millionen. Da ging es dann um acht Millionen Fördermittel. Die nützen nichts. Nicht in dieser Situation.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion

©picture alliance / Bodo Schackow

Lauinger-Affäre: Rot-Rot-Grün will Ergebnisse erst nach der Wahl

Für Volker Emde ist klar: „Der Fall rund um die Prüfungsbefreiung des Sohnes von Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) ist ein Skandal. Und Rot-Rot-Grün versucht ihn mit allen Tricks unter der Decke zu halten.“ Denn der Bericht des seit vier Jahren tagenden Untersuchungsausschusses „Möglicher Amtsmissbrauch“ soll erst nach den Landtagswahlen fertiggestellt werden. Das hat der Ausschuss mehrheitlich beschlossen. Ein von der CDU vorgelegter alternativer Zeitplan, der einen Abschluss vor den Wahlen ermöglicht hätte, fand dagegen keine Mehrheit. Und das ist für den Obmann der Union im Ausschuss, Volker Emde, bereits ein Skandal für sich: „Landtag und Öffentlichkeit können vor der Wahl also nicht mehr über die Ergebnisse der Ausschussarbeit diskutieren.“
Untersucht haben die Abgeordneten die Umstände der Befreiung des Minister-Sohnes von der verpflichtenden Abschlussprüfung am Ende der 10. Gymnasialklasse. Dabei stellte sich etwa heraus, dass die Versetzung des Sohns ohne nachträglichen Antrag erfolgte und das Zeugnis auf Weisung der Verwaltung rückdatiert wurde.
Mit Vater Lauinger hatten über die Prüfung seines Sohnes – so viel ließ sich feststellen – Bodo Ramelows Minister in der Staatskanzlei, Benjamin Hoff, und Ex-Kultusministerin Birgit Klaubert (alle Linke) verhandelt.

©picture alliance / Monika Skolimowska

Zum Schulstart große Lücken in der rot-rot-grünen Bildungspolitik

Mehr Schüler, weniger Lehrer – das ist zusammengefasst die Bilanz von fünf Jahren rot-rot-grüner Schulpolitik. „Seit dem Ausscheiden der damaligen CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht aus dem Amt hat sich die Zahl der Schüler um 6000 erhöht, die Zahl der Lehrer ist jedoch um 200 gesunken“, so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner. „Insgesamt fehlen an Thüringens Schulen also wenigstens 550 Fachlehrer. Diese Lücken in der rot-rot-grünen Bildungspolitik schmälern die Zukunftschancen unserer Kinder.“
Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher nicht nur mehr Studienplätze für den Lehrerberuf in Thüringen. Auch müssten die fertigen Absolventen viel zügiger eingestellt werden, als es jetzt noch der Fall ist. Zum Teil müssen die fertig studierten Pädagogen im Freistaat monatelang auf ihre Anstellung warten. Diese Zeit überbrücken viele Interessenten in der Arbeitslosigkeit – oder sie wandern aus, in eines von Thüringens Nachbarländern, wo die Einstellungsverfahren zügiger bearbeitet werden. Zur Lösung der Misere spricht sich Tischner unter anderem auch für ein Anreizsystem für Lehrerstellen aus, die dringend in Thüringen benötigt werden. „Wenn wir eine bestimmte Fächerkombination in einer weniger attraktiven Thüringer Gegend suchen, sollte es möglich werden, die Bewerber mit einem erhöhten Anfangsgehalt einzustellen“, schlägt Tischner vor. Anderenfalls bestehe auch hier die Gefahr, dass gerade die besonders gesuchten Berufsanfänger – beispielsweise in den naturwissenschaftlichen Fächern – in den Nachbarländern eingestellt werden, die den Berufsanfängern heute schon generell mehr Geld bieten.
Kritisch sieht die Union auch die angebliche Einstellungsoffensive des Thüringer Bildungsministeriums. „Das ist eine Mogelpackung“, sagt Tischner und verweist beispielsweise darauf, dass nach wie vor ein gutes Drittel der für dieses Jahr beabsichtigten Einstellungen zum Schuljahresbeginn noch immer nicht vollzogen worden ist. „Und bei wenigstens 200 der angeblich neuen Stellen handelt es sich um Angebote, die im vorigen Jahr nicht besetzt wurden und nun einfach in die aktuelle Statistik übernommen worden sind“, so Tischner.

Jahresempfang 2019

Söder und Mohring locken 3000 Gäste zum Jahresempfang

Unterstützung für eine uralte Forderung der ostdeutschen CDU-Landesverbände erhielt Thüringens Fraktionschef Mike Mohring jetzt von christsozialer Seite. „In den neuen Ländern ist noch Platz für mehr Bundesbehörden“, sagte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf dem Jahresempfang der CDU-Landtagsfraktion. „Es muss nicht alles nach Berlin gehen.“ Zugleich regte er die Einrichtung von Sonderwirtschaftsregionen in den ostdeutschen Ländern an. Konjunkturimpulse werde es nur mit solchen Regionen geben, „in denen zum Beispiel Verfahren schneller gehen und in denen es auch Sonderförderungen beispielsweise steuerlicher Art gibt“, sagte Söder in der Erfurter Messehalle. Vor gut 3000 Gästen forderte Söder zudem ein Ende der Neid- und Verteilungsdebatten in Deutschland. Gastgeber Mike Mohring hörte es gern, hatte er doch zuvor gefordert, die demokratische Mitte solle in den neuen Ländern wieder gestärkt werden. „Wenn wir 30 Jahre friedliche Revolution bilanzieren, dann muss uns doch eines klar sein – dass dieses Land nicht von links und nicht von rechts bestimmt wird, und dass nicht plötzlich irgendwer durchs Land zieht und uns was von Wende 2.0. erzählt.“ Schließlich sei es Egon Krenz gewesen, der im Oktober 1989 die Wende in den politischen Sprachgebrauch eingeführt habe. „Krenz hatte alles andere im Sinn. Nur nicht die Demokratie“, so Mohring. „Und mit dem Begriff Wende 2.0 ist heute auch wieder alles Mögliche, nur nicht die Demokratie gemeint.“
Mohring nahm in seiner Rede auch den ländlichen Raum im Blick. Es sei notwendig, Stadt und Land in Thüringen miteinander zu versöhnen und auf diese Weise Landflucht und sterbenden Dörfern entgegen zu wirken. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes – das ist zugleich auch der zentrale Bestandteil der bayerischen Heimatstrategie, mit der Markus Söder 2012 begonnen hat. „Als erstes haben wir die Digitalisierung vorangetrieben. Dann haben wir Behörden verlagert, Außenstellen von Hochschulen in der Fläche aufgebaut.“
So seien etwa Teile des Heimatministeriums nach Nürnberg gezogen. „Ein Ministerium raus aus München. Das hat es seit 1806 in Bayern nicht mehr gegeben“, sagte Söder in Erfurt. „Aber Arbeitsplätze und Hochschulen beleben eine Region. Junge Leute kommen, Unternehmen entstehen.“ Bayern hat es vorgemacht.

Innere Sicherheit

©ARNO BACHERT - stock.adobe.com

Kontaktbereichsbeamte werden de facto abgeschafft

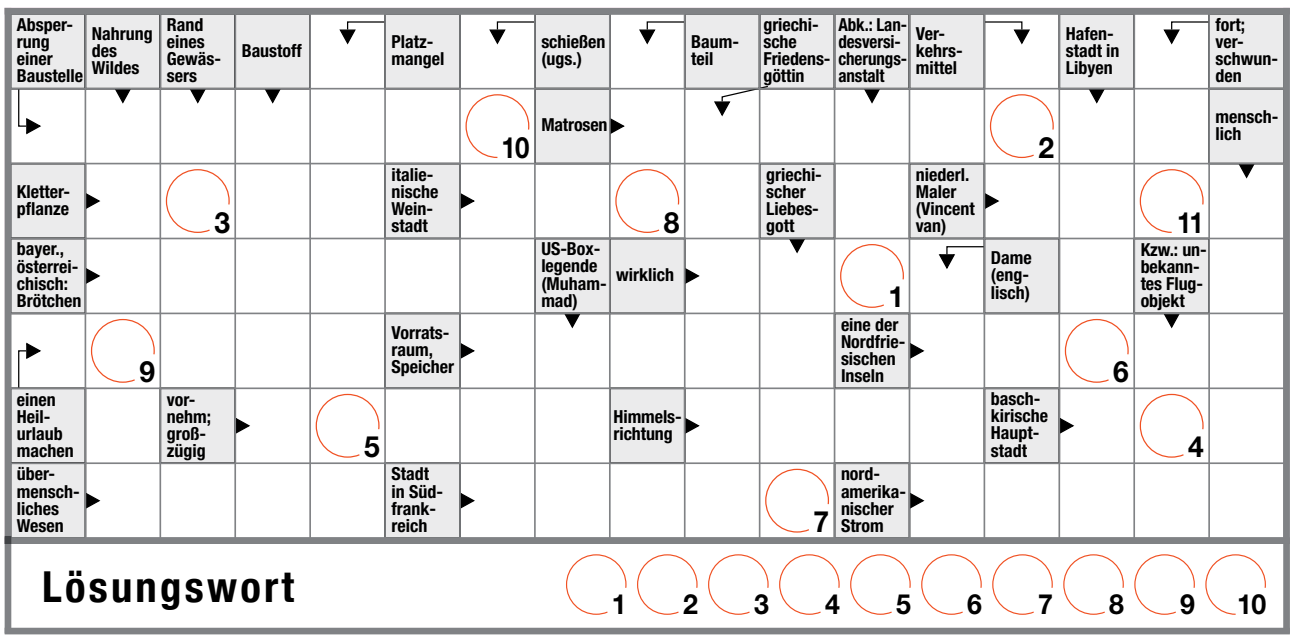
Manche Antworten, noch dazu im politischen Betrieb, brauchen ihre Zeit. Und so wartet die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag seit inzwischen einem Vierteljahrhundert auf die Auskunft, wie viele Kontaktbereichsbeamte es in Thüringen denn einmal geben wird. Die Frage stellte die Union am 24. August 1994 im Thüringer Landtag. Der damalige Innenminister hieß Richard Dewes (SPD), der ihr beschied, dass sich die Frage nicht so einfach beantworten ließe.

Acht Innenminister später versucht sich in diesem Frühjahr der Ressortchef Georg Maier (ebenfalls SPD) an der Beantwortung dieser Frage. „Bis zu 240 Kontaktbereichsbeamte sollen es werden“, verkündet er Ende Juli. Es ist vor allem ein Angebot an das ländliche Thüringen, das mit seinen KoBBs (so die fast liebevolle Abkürzung) in den vergangenen 25 Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Denn die Kontaktbereichsbeamten leisten, meist über Jahre hinweg, ihren uniformierten Streifendienst in einem fest umrissenen Gebiet, das sie besonders gut kennen, und wo auch die Bürger sie kennen. Als Ansprechpartner vor Ort sind sie bislang überwiegend allein, sehr oft auch zu Fuß unterwegs.

Doch obwohl die Christdemokraten nun endlich eine Zahl der künftigen Kontaktbereichsbeamten in Thüringen erhalten haben, stellt den CDU-Innenexperten Raymond Walk die Antwort überhaupt nicht zufrieden. „Das ist eine Mogelpackung“, sagt Walk. Denn schließlich habe Innenminister Maier per Pressemitteilung eine neue Organisationsstruktur des Kontaktbereichswesens angekündigt. Vorgesehen sei es, mehrere Kontaktbereiche nach taktischen und territorialen Gesichtspunkten zu sogenannten Betreuungsgebieten und Kontaktbereichsposten zusammenzufassen. „So wird möglich, dass künftig zwei Kontaktbereichsbeamte gemeinsam auf Streife gehen können. Sie sind damit flexibler einsetzbar“, betont Maier. Auch geräumige Dienstwagen sollen sie dafür bekommen.

„Wenn künftig je zwei Kontaktbereichsbeamte im Streifenwagen in gleich mehreren Gemeinden eines Landkreises unterwegs sind, entfernen sich die KoBBs vom Bürger und ihren eigentlichen Aufgaben“, kritisiert Walk. „De facto schafft Maier die Kontaktbereichsbeamten ab und nutzt die frei gewordenen Stellen, um die Lücken in den völlig unterbesetzten Polizeiinspektionen aufzufüllen.“

Manche Antworten will man gar nicht hören. Auch nicht mit einem Vierteljahrhundert Verspätung.



Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus einem Bluetooth-Lautsprecher, einem edlen Schreibset und einer Powerbank für das Smartphone. Einsendeschluss ist der 30. September 2019. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder Postadresse: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der August-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Wasserstoff“. Zu gewinnen gab es auch damals einen Bluetooth-Lautsprecher, ein Schreibset und eine Powerbank. Unter den richtigen Antworten als Gewinnerin gezogen wurde Cindy Siegmeyer aus Altenburg. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.